

Motion Fraktion SP/JUSO (Gisela Vollmer, SP): Mehr Sicherheit bei Fussgängerstreifen

Immer wieder werden Fussgängerinnen und Fussgänger Opfer von Verkehrsunfällen auf Fussgängerstreifen. Besonders gefährdet sind dabei Kinder und ältere Menschen.

Aufgrund der kürzlichen Verkehrsunfälle mit Todesfolgen für Schulkinder auf Fussgängerübergängen in der Region Bern, versucht die Kantonspolizei an den einigen kritischen Punkten, insbesondere bei Schulhäusern durch sichtbare Präsenz von PolizistInnen, die Autofahrer auf die erhöhten Gefahren aufmerksam zu machen. Diese Massnahme ist durchaus begrüssenswert. Die Grundproblematik der unsicheren Strassenübergänge wird damit jedoch nicht gelöst.

Auch in der Stadt Bern gibt es Fussgängerübergänge, die aufgrund ihrer baulichen und verkehrlichen Situation kritisch eingestuft werden müssen. Angesichts der Tatsache, dass sich einige davon an Schulwegen befinden, fordert die SP/JUSO-Fraktion, dass diese Übergänge so rasch als möglich identifiziert und entsprechende bauliche, signalisationsseitige oder anderweitige Vorkehrungen getroffen werden.

Der Gemeinderat wird beauftragt

1. Die Fussgängerübergänge in der Stadt Bern auf Ihre Gefährlichkeit zu erfassen und dem Stadtrat Bericht zu erstatten,
2. Dem Stadtrat den notwendigen Kredit zu beantragen, damit die tendenziell gefährlichen Fussgängerübergänge baulich, signalisationsmässig oder anderweitig unverzüglich saniert werden können.

Bern, 17. November 2011

Motion Fraktion SP/JUSO (Gisela Vollmer, SP): Nicola von Greyerz, Rithy Chheng, Guglielmo Grossi, Leyla Gül, Miriam Schwarz, Corinne Mathieu, Annette Lehmann, Patrizia Mordini, Giovanna Battagliero, Halua Pinto de Magalães, Tanja Walliser, Beat Zorbist, Silvia Schoch-Meyer, Hasim Sönmez, Ruedi Keller

Antwort des Gemeinderats

Der Inhalt der vorliegenden Motion betrifft einen Bereich, der in der gemeinderätlichen Zuständigkeit liegt. Es kommt ihr der Charakter einer Richtlinie zu. Sollte die Motion erheblich erklärt werden, ist sie für den Gemeinderat nicht bindend. Er hat bei Richtlinienmotionen einen relativ grossen Spielraum hinsichtlich des Grads der Zielerreichung, der einzusetzenden Mittel und der weiteren Modalitäten bei der Erfüllung des Auftrags, und die Entscheidungsverantwortung bleibt bei ihm.

Dem Gemeinderat ist die Verkehrssicherheit der Fussgängerinnen und Fussgänger, insbesondere von Kindern, ein grosses Anliegen. Bereits im Jahr 2005 haben deshalb die Stadtbehörden die Sicherheit von Schulwegen ausgewählter Schul- und Kindergartenstandorte in der Stadt Bern systematisch überprüft und gestützt darauf entsprechende Massnahmen umgesetzt (Verschiebung und/oder Aufhebung von Parkplätzen, zusätzliche Markierungen etc.). Im Jahr 2007 wurde darüber hinaus im Rahmen des Massnahmenplans Verkehrssicherheit auch noch das Umfeld von Kindergärten, die sich nicht in unmittelbarer Nähe einer Schule befinden, überprüft; auch hier wurden Massnahmen ergriffen.

In Zusammenhang mit den im Vorstoss angesprochenen Verkehrsunfällen bei Zebrastreifen hat die Verkehrsplanung der Stadt Bern Anfang 2012 ein Projekt zur flächendeckenden Überprüfung der Verkehrssicherheit im Umfeld (300 m) aller Schul- und Kindergartenstandorte der Stadt Bern ausgelöst. Ein Hauptaugenmerk liegt dabei auf der Überprüfung von Zebrastreifen, wobei alle bekannten Anfragen und Hinweise zu „unsicheren“ Zebrastreifen überprüft werden, also auch solche, die nicht Zebrastreifen im Umfeld von Schul- oder Kindergartenumfeld betreffen. In diese Abklärungen sind die jeweiligen Schulleitungen einbezogen.

Im Rahmen dieses Projekts werden zum einen Sofortmassnahmen festgelegt, die noch während der Überprüfung veranlasst und ausgeführt werden. Zum anderen sollen Massnahmenvorschläge definiert werden, welche vor ihrer Realisierung planerisch vertieft bearbeitet werden müssen. Ziel ist es, diese zweite Kategorie in den nächsten Jahren systematisch umzusetzen.

Bei Abschluss der Überprüfung wird ein Bericht vorliegen, welcher die Analyse und die Ergebnisse der Überprüfung, die bereits umgesetzten Sofortmassnahmen, noch umzusetzende Sofortmassnahmen sowie die Massnahmen mit Planungsbedarf enthält.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Für die Überprüfung, die Erstellung des Berichts und für ein erstes Paket von Sofortmassnahmen betragen die Kosten rund Fr. 150 000.00. Die Kosten für die Umsetzung aller nötigen Massnahmen können zum heutigen Zeitpunkt noch nicht abgeschätzt werden.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion als Richtlinie erheblich zu erklären.

Bern, 16. Mai 2012

Der Gemeinderat